

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl., incl. Frachtlohn 5 Rthl., durch die Post bezogen 6 Rthl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegpreis 10 Pf. ...

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erstausgabe täglich früh 6 1/2 Uhr. Redaction und Expedition Johannisgasse 22. ...

№ 283.

Dienstag den 14. September 1880.

74. Jahrgang.

Veterinärklinik der Universität.

Die Leitung der Klinik hat wieder übernommen Leipzig, den 13. September 1880.

Professor Dr. Sarr.

Gewerbekammer Leipzig.

Freitag, den 17. ds., Nachmittag 6 Uhr: Öffentliche Plenarsitzung im Kammerlocale, Petersstraße 20.

Tagesordnung:

- 1) Registre. 2) Bericht des Finanz- und Verkehrs-Kassenschusses über eine Ministerial-Vorlage, die Beschränkung der allgemeinen Wechselbarkeit betreffend. 3) Bericht des Kassenschusses für gewerbliche Angelegenheiten, die Unterstützung durchreisender Gehälften betreffend.

Leipzig, den 14. September 1880.

W. Hädel, Vors. Herzog, Sect.

Hamburg-Altona.

Der Zollkrieg, welchen die Reichsregierung gegen die freie und Hansestadt Hamburg führt, wird binnen Kurzem in ein neues Stadium treten. Wie uns aus guter Quelle mitgeteilt wird, wurde vom dem Hamburger Senate ein wichtiger Schritt vorbereitet, um, wie wir übrigens schon früher angedeutet konnten, in einem vermittelnden Sinne zum Austrag zu bringen.

Damit würden die Gerichte ihre Bestimmung finden, welche schon vor mehreren Wochen von dem befruchtenden Verlauf der niemals abgebrochenen Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg zu merken wußten. Bestätigt sich die obige Nachricht und wir haben keinen Grund, an derselben zu zweifeln, so dürfte sich der binnen Kurzem zusammen tretende Bundestag schon in einer seiner ersten Sitzungen mit einem entsprechenden Antrage Hamburgs zu beschäftigen haben und so auf unanschätzbare verfassungsmäßigen Wege die Dissonanz beschließen, mit welcher er vor Monaten sich trennte.

Die entgegenstehenden technischen und finanziellen Schwierigkeiten haben sich doch als zu bedeutend erwiesen, als daß dieselben binnen einer so kurzen Frist überwunden werden könnten. Man nimmt jetzt den Sommer des nächsten Jahres, etwa den 1. Juli, als Termin des Eintrittes in Aussicht. Doch gilt in sachverständigen Kreisen auch diese Angabe als ein Verlegenheitsmanöver. Daß dem thatsächlich so ist, dafür spricht die durchaus glaubwürdige Mitteilung, daß in das Extraordinarium des Etats pro 1880/81 bis zur Stunde noch kein auf den Zollanschluß bezüglicher Posten eingestellt worden ist.

Das würde allerdings einen Nachtragserdit nicht ausschließen, doch liegt die Annahme näher, daß die Regierung es vorzieht, sich mit dem Zollanschluß Altonas nicht sonderlich zu beilehen, zumal derselbe nicht getrennt von dem Zollanschluß der Unterelbe resp. der Errichtung einer Abfertigungsstelle bei Cuxhaven vorgenommen werden kann. In letzterer Beziehung aber sind die technischen und statistischen Ermittlungen noch keineswegs zu Ende geführt. Von festen Resultaten zum Mindesten läßt sich hier bislang kaum sprechen. Wie lähmend diese schwankenden Verhältnisse auf alle beteiligten Kreise wirken müssen, ist nur zu klar erkenntlich. Es ist in der That jetzt an der Zeit, einen staatsrechtlich gesicherten und allen Interessenten nach Möglichkeit befriedigenden Zustand herbeizuführen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 13. September.

Der Thronerbe der österreichisch-ungarischen Monarchie, Erzherzog Rudolf, ist als Gast Kaiser Wilhelm's in Berlin eingetroffen. Es liegt in diesem Besuche des hoffnungsvollen Prinzen ein neues Zeichen der ausgezeichneten Beziehungen vor, welche zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reiche bestehen. Wir erkennen darin weiterhin eine erneute Verfestigung des Friedens, denn die Bundesgenossenschaft der beiden mächtigen Kaiserreiche vermag kaum einen deutlicheren Ausdruck zu finden. Am Sonntag fand zu Ehren des hohen Gastes im kaiserlichen Schloß ein Familienbinnen statt, zu welchem die Prinzen, das Personal der österreichischen Hofkapelle, die Feldmarschall-Präsidenten Desjardins und Weinländer und Graf Scheinin geladen waren. ...

sich über die Stellung der Partei noch besondert aussprechen. Man darf den Resultaten derselben mit Spannung entgegensehen.

Wir geben aus dem Artikel der Richter'schen „Parlamentarischen Correspondenz“ noch den folgenden Schlusssatz:

„Möglich wäre es im Laufe der Zeit ja immerhin, daß, wenn es der Gruppe gelingt, unsichere Cantonen (...) fernzuhalten, ihr Programm im Sinne der Fortschrittspartei zu vervollständigen, die Grenzlinien gegen andere rechtsstehende Parteien schärfer zu ziehen, mit Einem Wort, ähnlich der Fortschrittspartei sich zu consolidiren und innerlich ihr sich zu nähern, eine förmliche Vereinigung sich abzubahnen ließe. Dies würde aber, soll nicht die Gefahr entstehen, bei solcher Verschmelzung wieder liberale Gruppen, sei es nach rechts oder nach links, abzusprennen, angeworben und festgewachsenen Organisationen zu zerstreuen, ohne daß sich alsbald Besseres an die Stelle setzen läßt, nur auf dem Wege sorgfältiger, eingehender Vorverhandlungen der officiellen Parteioberleitung über Program, Organisation, Parteinaamen, Ueberleitung vorhandener Organisationen u. dergl. erfolgen können.“

Zur Zeit und wie die Dinge liegen empfiehlt sich nicht eine speculative Verteilung in solche Möglichkeiten der Zukunft. Die Fortschrittspartei erkennt die neue liberale Gruppe als eine befreundete und verwandte und deshalb bündnisfähige liberale Partei an. Wie sich das Verhältnis der Fortschrittspartei zur Gruppe im Einzelnen gestalten und entwickeln wird, ist zunächst durch die Entwicklung und das Verhalten der Gruppe selbst bedingt. Diesem in aller Ruhe und Freundschaft abzuwarten erscheint als eine ebenso einfache wie selbstverständliche Parole für die Partei im Parlament wie im Lande.“

Gelegentlich der Besprechung der Chancen des Kölner Dombausfestes kommt die „R. Z.“ auf den Antheil Bennigens an der preussischen Kirchengefetzgebung zu sprechen. Das rheinische Blatt schreibt: „Da man weniger als dem Herrn v. Bennigen wegen seiner Haltung in der kirchlichen Frage häufig angegriffen hat, so wollen wir doch aus guter Quelle mittheilen, daß es Herr v. Bennigen war, der dem Fürsten Bismarck lebhaft ausdauerndste, daß die Zurückberufung der abgesetzten Bischöfe in ihre Sprengel den besten Eindruck machen würde, und in der That den Reichskanzler für das Falllassen des Bischofsparagrafen zu stimmen wußte. Uebrigens hat die Regierung auch nie beabsichtigt, alle unbotmäßigen Bischöfe wieder einzusetzen. Es handelte sich hauptsächlich nur um die Zurückführung des Fürstbischofs von Breslau. Wenn die Ultramontanen nur an der eigentlichen kirchlichen Feier sich beteiligten, im Uebrigen aber sich einer würdigen Zurückhaltung“ befleißigen wollten, hoffen wir, daß bei dem schönen Eifer, der sich bei der Kölner Bürgerfeier für das Fest zeigt, die Rheinländer in noch würdigerer Weise, nämlich durch frohe begeisterte Theilnahme, das festliche Begehen und Verherrlichen werden. Bei dieser Gelegenheit mögen hier die Worte Raum finden, welche der Vorstand des Dombausfestes am 5. Juli 1842 in einer Adresse an den König Friedrich Wilhelm IV. richtete: „Der religiöse Sinn, welchem das unvergleichliche Gotteshaus die schönste Verherrlichung des gottgeoffenbarten Glaubens ist, die Liebe zum Vaterlande, die im Dome das erhabenste Erzeugniß des deutschen Geistes, eine Gottesburg gegen die Feinde der Nation erblickt, endlich die Begeisterung für die heilige Kunst — alle diese edlen Motive wirken weitestehend zusammen, um vor Gegenwart und Zukunft den Beweis zu führen, daß der Sinn für das Ideale noch keineswegs den materiellen Bestrebungen und Interessen des Tages erliegen sei.“

Woge auch der Tag nicht allzufern sein, an welchem Ew. Königliche Majestät durch die Einsetzung des letzten Steines das unter so erfreulichen Anzeichen wieder aufgenommenen Werk der Kathedrale als ein vollendetes überliefern — ein Denkmal der Seelenstärke Ew. Majestät und des geistigen Aufschwunges der deutschen Nation.“

Herr v. Barnbäler soll, wie es scheint, mit seinen Enthüllungen noch längere Zeit alle politischen Kreise beschäftigen. Derselben gehen aber auch in der That über das hinaus, was man bisher über die Vorgänge des vorigen Sommers erfahren hatte, indem sie behaupten, daß Rußland der französischen Regierung ein förmliches Bündniß zum Angriff gegen Deutschland vorgeschlagen, und daß der französische Minister Waddington es gewesen, der diese Pläne der deutschen Regierung enthüllt habe. Aber bei der nahen Beziehung des Herrn v. Barnbäler zum deutschen Reichskanzler sind die Mittheilungen jedenfalls beachtenswerth. Die „Post“ bringt sogar einen Leitartikel, der sich gegen die Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Herrn v. Barnbäler wendet. Herr v. Barnbäler's Rufe sei übrigens zeitlich mit dem Barzimer Besuch des Freiherrn von Haymerle zusammen. Letzterer hat sich bekanntlich von Friedrichshagen nach der in der Nähe

von Heidelberg belegenen Besitzung seines Schwiegervaters, Freiherrn v. Berners, begeben, sollte aber schon am Sonnabend in Wien zurück erwartet werden.

Es treten fast täglich Anzeichen hervor, welche dafür sprechen, daß die Erbitterung gegen Deutschland in den chauvinistischen Kreisen des Kaiserreiches im Wachsen ist. Gelegentlich des Besuchs des Baron Haymerle dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh abstattete, ergaben sich die russischen Blätter in sehr scharfen Kritiken. Die russische „St. Petersburgs Zeitung“ schreibt:

„Es ist nicht zu vergessen, daß die beständigen Versicherungen von der „friedlichen Mission“ Deutschlands, das doch in den zehn Jahren, die nach der Schlacht von Sedan vergangen sind, alle seine Anstrengungen auf Rüstungen richtete und damit seinen früheren Wohlstand untergrub, durchaus nicht mit der Errichtung eines bemanneten Lagers im Centrum Europas, mit der Schaffung von strategischen Bahnlagen und dem Bau von Grenzfestungen vereinbar sind. Die Zeit von zehn Jahren, in der das deutsche Kaiserreich besteht, ist allen Nachbarn Deutschlands theuer zu stehen gekommen, da dieselben ebenfalls die Streitmittel vermehren mußten, um für alle Fälle vorbereitet zu sein. Das ist keine „Mission des Friedens“, sondern eine „Mission des Ruins der Steuerkräfte der Staaten“ und dieser Ruin wird nicht in einem politischen Kriege, sondern in einer ökonomischen und finanziellen Krise seinen Abschluß finden und dann wird man an die Zusammenkünfte des Fürsten Bismarck mit seinen Nachbarn denken.“

Die russische Presse hat leider noch nicht gelernt, den Ton von Achtung anzuschlagen, der uns zukommt. Nur Mergel, Reib und Eifer sucht über unsere Machtstellung können zu solchen Ausschüssen gegen den „Militarismus“ verführen.

Man meldet aus Wien, es sei daselbst eine Petersburger Nachricht eingelangt, derzufolge der Zar im November nach Warschau kommen werde, um gewissermaßen die Wirkungen der galizischen Krise des Kaisers Franz Josef zu paralysiren. Graf Albedinski, der General-Gouverneur von Polen, sei bereits angewiesen, für einen großartigen Empfang des Zaren in Warschau zu sorgen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß man in Livadia das Bedürfnis verspürt, die russischen Polen gegen die galizischen Polen auszuspielen, und es wird vielleicht auch dem General Albedinski gelingen, der Anwesenheit des Zaren in Warschau ein Relief zu verschaffen. An Leuten, die sich dazu ergeben, Loyalität zu heucheln, fehlt es nirgends, geschweige in Rußland, wo man um die nahesten und die sanften Mittel, der Bevölkerung ihre Gefinnung zu dictiren, noch weniger verlegen ist als anderswo. — Der Petersburger „Bereg“ theilt mit, er habe außer der neuen Nummer des Revolutionsblattes „Korobnja Wolja“ auch einen gedruckten Erlaß des „Sibirischen Arbeiterverbandes“ empfangen, datirt Kiew, 17. August, und gerichtet an den Inspector des Arsenals, in welchem der „Verband“ die Verbesserung der Lage der Arbeiter, sowie die Abwendung der Mißbräuche verlangt und bei Nichterfüllung binnen 14 Tagen droht, die Arsenaldrigkeit seinem eigenen Gerichte zu überantworten, worauf die Schuldigen ihre Strafe erleiden würde. Der Erlaß trägt einen großen rothen Stempel des Verbandes, welcher Hammer, Revolver und Beil, sowie die Buchstaben „s. j. w.“ (bedeutet „Semlja i Wolja“) zeigt.

Die galizische Krise des Kaisers Franz Josef gewinnt immer mehr eine hochpolitische Bedeutung. Der ausgezeichnete Wiener Correspondent der „Breslauer Zeitung“ sagt dieses Ereigniß wie folgt auf: „Als vor zwei Jahren während der bosnischen Campaigne der Kaiser die trübe Landesvertheidigung und Abgrenzung der Sterzing am Südrande des Brenner mandirten ließ, da war es auf eine Lection für die Irrenden und das erste Ministerium Cairati abgesehen. Bis der Kaiser selbst in seinem Handzettel sagte, hatte das Mandir bewiesen, daß die Kräfte des Landes ganz allein zu seiner Vertheidigung genügt, das war verblüffend genug zu einer Zeit, wo fünf Armee-corps im Osten mobilisiert waren. Bei den heutigen Mandirern in Galizien wird Nichts derart zu erwarten ausgesprochen werden, ob sie nicht aber ein ähnliches Avertissement für Rußland enthalten? Wer möchte das so bestimmt verneinen, seitdem wir durch Herrn Barnbäler wissen, daß vor einem Jahre Gortschakoff Herrn Waddington eine Revanche-Mission auf den Titel hin angeboten, daß Fürst Bismarck die Occupation Boddens durch Oesterreich begünstigt habe. Das Dogma, daß der Rhein am Po vertheidigt werde, ist mit der alten Ordnung des Dinge wohl für immer zu Grabe getragen. Vielleicht aber erleben wir ein neues: daß die Vögel in am Balkan vertheidigt werden!“